



AUSGABE 22 | 31.05.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI II 130/2024

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen über die **Betragsgrenzen** (Bund und Länder) nach der Vereinbarung über einen **Konsultationsmechanismus** für das Jahr 2024

BGBI II 131/2024

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen über die Aufhebung einer Wortfolge im Anhang zur Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die **Gewährung** eines **Verlustersatzes** durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes (**COFAG**), BGBI II Nr 568/2020, idF BGBI II Nr 75/2021, durch den VfGH

BGBI II 132/2024

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über Leistungsstipendien an Pädagogischen Hochschulen für das Studienjahr 2023/2024

BGBI II 133/2024

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über die Erfassung von globalen Wertschöpfungsketten in der Unternehmensstatistik (Wertschöpfungskettenstatistik-Verordnung)

BGBI II 134/2024

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über Leistungs- und Förderungsstipendien für das Studienjahr 2023/2024 (Leistungs- und Förderungsstipendien-Verordnung 2024)

BGBI II 135/2024

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die Reisegebühren für die Teilnahme an Schulveranstaltungen (**Schulveranstaltungen-Reisegebühren-Verordnung** 2024 – SchVRGVO)

BGBI II 136/2024

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die **Einführung** des **Klimatickets**

II. AMTSBLATT DER EU

ABI L 2024/1449 v 24.05.2024

Verordnung (EU) 2024/1449 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einrichtung der Reformund Wachstumsfazilität für den Westbalkan

ABI L 2024/1468 v 24.05.2024

Verordnung (EU) 2024/1468 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/2115 und (EU) 2021/2116 in Bezug auf Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand, Regelungen für Klima, Umwelt und Tierwohl, Änderungen der GAP-Strategiepläne, Überprüfung der GAP-Strategiepläne und Ausnahmen von Kontrollen und Sanktionen

ABI L 2024/1385 v 24.05.2024

Richtlinie (EU) 2024/1385 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

ABI L 2024/1438 v 24.05.2024

Richtlinie (EU) 2024/1438 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Änderung der Richtlinien des Rates 2001/110/EG über Honig, 2001/112/EG über Fruchtsäfte und bestimmte gleichartige Erzeugnisse für die menschliche Ernährung, 2001/113/EG über Konfitüren, Gelees, Marmeladen und Maronenkrem für die menschliche Ernährung und 2001/114/EG über bestimmte Sorten eingedickter Milch und Trockenmilch für die menschliche Ernährung

ABI L 2024/1392 v 29.05.2024

Verordnung (EU) 2024/1392 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über vorübergehende Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels in Ergänzung der Handelszugeständnisse für ukrainische Waren im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits

ABI L 2024/1501 v 29.05.2024

Verordnung (EU) 2024/1501 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über befristete Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels in Ergänzung der Handelszugeständnisse für Waren der Republik Moldau im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits

ABI L 2024/1500 v 29.05.2024

Richtlinie (EU) 2024/1500 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen und zur Änderung der Richtlinien 2006/54/EG und 2010/41/EU

ABI L 2024/1499 v 29.05.2024

Richtlinie (EU) 2024/1499 des Rates vom 7. Mai 2024 über Standards für Gleichbehandlungsstellen im Bereich der Gleichbehandlung von Personen ungeachtet ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, der Gleichbehandlung von Personen in Beschäftigung und Beruf ungeachtet ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung und ihrer sexuellen Ausrichtung sowie von

Frauen und Männern im Bereich der sozialen Sicherheit und im Bereich des Zugangs zu und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und zur Änderung der Richtlinien 2000/43/EG und 2004/113/EG

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

16.05.2024, UA 16/2024

DatenschutzG; InformationsgrundG; BankwesenG; Verpflichtung des Bundesministers für Finanzen zur Vorlage von konkret bezeichneten Akten und Unterlagen betreffend eine noch nicht abgeschlossene Steuerprüfung eines Unternehmers an den COFAG-Untersuchungsausschuss; Vorlageverpflichtung auch für Akten und Unterlagen noch anhängiger Verfahren, wenn sie von (potentieller) abstrakter Relevanz für den Untersuchungsgegenstand sind; Bestehen einer Ausnahme von der Vorlageverpflichtung bei Beeinträchtigung der Willensbildung der Bundesregierung oder einzelner Mitglieder und bei Verletzung des Gewaltenteilungsgrundsatzes; keine hinreichende Begründung einer möglichen Beeinträchtigung der Verfahrensführung und des Verantwortungsbereichs durch das vorlagepflichtige Organ

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

25.04.2024, Ro 2022/06/0009

Vlbg BauG; nach den Erläuterungen war es die Intention des Vlbg Landesgesetzgebers, durch die Regelung des § 7 Abs 1 lit g Vlbg BauG eine Möglichkeit zu schaffen, in jenen Fällen, in denen der Nachbar zwar einer Abstandsnachsicht gem § 7 Abs 1 lit a leg cit mangels Durchführung eines Baubewilligungsverfahrens nicht zugestimmt hat, in denen er sich aber während eines Zeitraums von zehn Jahren ab Vollendung des Bauvorhabens nicht gegen einen bereits erfolgten Eingriff in sein Nachbarrecht auf Einhaltung der vorgeschriebenen Abstände ausgesprochen hat, auch ohne Zustimmung des Nachbarn eine Abstandsnachsicht erteilen zu können; er hat damit den der Abstandsunterschreitung ausdrücklich zustimmenden Nachbarn im Sinne des § 7 Abs 1 lit a leg cit jenem Nachbarn gleichgestellt, der sich im Sinne des § 7 Abs 1 lit g leg cit zehn Jahre verschwiegen hat

25.04.2024, Ra 2022/12/0092

GlücksspielG; durch die Aussetzung des Verfahrens wird bis zur Entscheidung, deren Ausgang abgewartet werden soll, die Entscheidungspflicht der Behörde bzw des Gerichts suspendiert; eine solche Aussetzungsentscheidung verliert ihre Rechtswirksamkeit jedenfalls mit dem Eintritt des Zeitpunkts, bis zu dem die Aussetzung verfügt worden ist; es kommt daher auf den Zeitpunkt der Entscheidung durch den EuGH an, und nicht darauf, wann der zuständige Richter von dieser Kenntnis erlangte; eine Hemmung der Strafbarkeitsverjährung nach § 31 Abs 2 VStG endet daher zum Zeitpunkt der Erlassung der Entscheidung des EuGH

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 26.04.2024, W211 2281997-1

DSGVO; **MedienG**; Verarbeitung der personenbezogenen Daten beim **Websitebesuch** fand auf Basis des **Rechtfertigungstatbestands** des Art 6 Abs 1 lit a DSGVO statt und war damit rechtmäßig; ausreichend klare und deutliche Information über das Leistungsangebot und die damit einhergehenden Bedingungen; freie Entscheidung, das Angebot des Tausch von Inhalten gegen personenbezogene Daten nicht anzunehmen

BVwG 02.05.2024, W170 2281776-2

Sachverständigen- und DolmetscherG; das Rechtsschutzziel der Säumnisbeschwerde wurde durch das Erlassen des Bescheids erreicht; die Säumnisbeschwerde wurde vom BVwG auch bereits rechtskräftig zurückgewiesen, die Rsp des VwGH zu § 27 VwGG führte in der Fassung vor der Einführung der VwG aus, dass die in § 27 leg cit aF vorgesehene Entscheidungsfrist

der Behörde mit der Behebung eines Bescheids, durch die der Weg zu einer Sachentscheidung über das anhängige Rechtsmittel eröffnet wird, erneut zu laufen beginnt; daher ist nach Ansicht des BVwG die Behörde gefordert, nach Rückmittlung der Akten über den Antrag des Bf binnen sechs Monaten zu entscheiden

BVwG 08.05.2024, W606 2243635-1

E-ControlG; Elektrizitätswirtschafts- und organisationsG; die weitreichende und abstrakt umschriebene Verpflichtung zur Vorlage von Unterlagen durch die Bf findet angesichts der Rolle der Bf keine Grundlage in § 34 E-ControlG; es ist auch vor dem Hintergrund der rechtlichen Stellung des der Regulierung durch die belangte Behörde unterworfenen Netzunternehmens schlüssig, dass die Bf nicht abschließend und selbständig in der Lage ist, operative Notwendigkeiten des in seiner Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt von ihr getrennten Netzunternehmens zu beurteilen

LVwG Oö 03.04.2024, LVwG-000638

1. TierhaltungsVO; Punkt 2.1 zweiter Satz der 3. Anlage der 1. **TierhaltungsVO** regelt die **Bodenbeschaffenheit**; diese Bestimmung betrifft – im Hinblick auf den ersten Satz, der von "Buchten" und "perforierten Böden" spricht – die Haltung von Schafen in Ställen

LVwG Tir 10.05.2024, LVwG-2022/46/2831-16

Tir JagdG; bei § 43 **Tir JagdG** handelt es sich nicht um einen Bewilligungsbescheid, sondern um die **Einräumung** eines **Zwangsrechts**; der Grundeigentümer wird dazu verpflichtet, die Befahrung eines Wegs oder einer Straße zu dulden; Adressat dieser Duldungsverpflichtung ist der Grundeigentümer; es handelt sich daher nicht um einen begünstigenden (Rechtsgestaltungs-)Bescheid, mag auch der Antragsteller durch die Einräumung des Fahrrechts "begünstigt" werden

LVwG Wien 03.05.2024, VGW-001/032/14997/2023

SanktionenG; VStG; das in § 42 VwGVG normierte Verbot der reformatio in peius verbietet die Verhängung einer höheren Strafe als im angefochtenen Bescheid, wenn vom Beschuldigten Beschwerde erhoben wurde; im Vergleich zu einer Ermahnung, welche zwar einen Schuldspruch, aber keinen Strafausspruch enthält, wäre die Verhängung einer Geldstrafe zweifellos die höhere Strafe, weshalb das Fehlen der Voraussetzungen für den Ausspruch einer Ermahnung statt Verhängung einer Geldstrafe im Beschwerdeverfahren nicht aufzugreifen ist; da die Voraussetzungen des § 45 Abs 1 Z 4 VStG im Beschwerdefall nicht vorliegen, ist jedenfalls nicht die Einstellung des Verwaltungsstrafverfahrens statt der erteilten Ermahnung auszusprechen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

30.05.2024, Rs C-627/22, Finanzamt Köln-Süd (Imposition sur demande d'un assujetti partiel)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Abkommen** zwischen der **Europäischen Gemeinschaft** und der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** über die Freizügigkeit – Arbeitnehmer eines Mitgliedstaats, der seinen Wohnsitz in die Schweiz verlegt hat – Steuerliche Vergünstigungen – Einkommensteuer – Mechanismus der 'Antragsveranlagung' – Begünstigte Steuerpflichtige – Begrenzung auf beschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – Gleichbehandlung

30.05.2024, Rs C-400/22, Conny

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – **Richtlinie 2011/83/EU** – Art 8 Abs 2 – Auf **elektronischem Wege geschlossene Fernabsatzverträge** – **Informationspflichten** des **Unternehmers** – Bestellung, die mit einer Zahlungsverpflichtung verbunden ist – Bestellung durch Aktivierung einer Schaltfläche oder einer ähnlichen Funktion auf einer Webseite – Pflicht des Unternehmers, diese Schaltfläche oder entsprechende Funktion mit den Worten 'zahlungspflichtig bestellen' oder einer entsprechenden Formulierung zu versehen – **Bedingte Zahlungspflicht**

30.05.2024, verb Rs C-662/22 u C-667/22, Airbnb Ireland

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Dienstleistungsverkehr – Erbringer von Diensten der Informationsgesellschaft – Verpflichtung zur Eintragung in das Register der Anbieter von Kommunikationsdiensten – Verpflichtung zur Mitteilung von Informationen über Struktur und Organisation – Verpflichtung zur Entrichtung eines finanziellen Beitrags – Richtlinie 2000/31/EG – Koordinierter Bereich – Grundsatz der Aufsicht im Herkunftsmitgliedstaat – Ausnahmen – Begriff "Maßnahmen betreffen[d] einen bestimmten Dienst der Informationsgesellschaft" – Verordnung (EU) 2019/1150 – Ziel

30.05.2024, Rs C-663/22, Expedia

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verordnung (EU) 2019/1150** – Art 1, 15, 16 und 18 – **Ziel – Anwendung – Kontrolle – Überprüfung** – Von einem **Mitgliedstaat ergriffene Maßnahmen** – Verpflichtung, Informationen über die wirtschaftliche Situation eines Anbieters von Online-Vermittlungsdiensten bereitzustellen

30.05.2024, verb Rs C-664/22 u C-666/22, Google Ireland

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Dienstleistungsverkehr** – **Erbringer** von **Diensten** der **Informationsgesellschaft** – Verpflichtung zur Eintragung in das Register der Anbieter von Kommunikationsdiensten – Verpflichtung zur Mitteilung von Informationen über Struktur und Organisation – Verpflichtung zur Entrichtung eines finanziellen Beitrags – **Richtlinie 2000/31/EG** – Koordinierter Bereich – Grundsatz der Aufsicht im Herkunftsmitgliedstaat – Ausnahmen – Begriff ,Maßnahmen betreffen[d] einen bestimmten Dienst der Informationsgesellschaft' – **Verordnung (EU) 2019/1150** – Ziel

30.05.2024, Rs C-665/22, Amazon Services Europe

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Dienstleistungsverkehr** – **Erbringer** von **Diensten** der **Informationsgesellschaft** – Verpflichtung, Informationen über die wirtschaftliche Situation eines Anbieters von Online-Vermittlungsdiensten bereitzustellen – Richtlinie 2000/31/EG – Koordinierter Bereich – Grundsatz der Aufsicht im Herkunftsmitgliedstaat – Ausnahmen – Begriff ,Maßnahmen betreffen[d] einen bestimmten Dienst der Informationsgesellschaft' – **Verordnung (EU) 2019/1150** – Ziel

30.05.2024, Rs C-743/22, DISA

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Besteuerung** von **Energieerzeugnissen** und **elektrischem Strom** – **Richtlinie 2003/96/EG** – Art 5 – Verbrauchsteuer auf Mineralöle – Regionaler Satz für die Verbrauchsteuer auf Mineralöle zusätzlich zum nationalen Verbrauchsteuersatz – Gestaffelte Verbrauchsteuersätze im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats in Abhängigkeit von der Region, in der das Erzeugnis verbraucht wird

30.05.2024, Rs C-130/23 P, Vialto Consulting/ Kommission

Rechtsmittel – Instrument für Heranführungshilfe – **Finanzhilfen** – Untersuchungen des **Europäischen Amtes** für **Betrugsbekämpfung** (OLAF) – **Verwaltungssanktionen** – Ausschluss von Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und von Verfahren zur Gewährung von Finanzhilfen aus dem Gesamthaushaltsplan der Union – Veröffentlichung des Ausschlusses auf der Website der Europäischen Kommission – **Verhältnismäßigkeit** der **Sanktionen** – Fehlender Hinweis, dass keine rechtskräftige Gerichts- oder endgültige Verwaltungsentscheidung vorliegt

30.05.2024, Rs C-176/23, Raiffeisen Bank

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Art 1 Abs 2 – Anwendungsbereich – Ausschluss der Vertragsklauseln, die auf bindenden Rechtsvorschriften beruhen – Vom Gewerbetreibenden dem Verbraucher mitgeteilte Zusatzvereinbarung zu einem Kreditvertrag zur Einhaltung nationaler Rechtsvorschriften – Art 3 Abs 2 – Nicht im Einzelnen ausgehandelte Vertragsklausel – Fehlende Unterschrift des Verbrauchers unter der Zusatzvereinbarung – Vermutung der stillschweigenden Annahme dieser Zusatzvereinbarung – Nationale Rechtsprechung, die die gerichtliche Überprüfung einer Vertragsklausel, die in einer solchen Zusatzvereinbarung enthalten ist, auf ihre Missbräuchlichkeit ausschließt

30.05.2024, Rs C-261/23 P, Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics und Jushi Egypt for Fiberglass Industry/ Kommission

Rechtsmittel – **Dumping** – Einfuhren bestimmter gewebter und/oder genähter Erzeugnisse aus Glasfasern mit Ursprung in der Volksrepublik China und Ägypten – **Durchführungsverordnung (EU) 2020/492** – **Endgültiger Antidumpingzoll** – **Berechnung** des **Normalwerts** – **Verordnung (EU) 2016/1036** – Art 2 Abs 5 – Berechnung der mit der Produktion und dem Verkauf der untersuchten Ware verbundenen Kosten auf der Grundlage der Aufzeichnungen der untersuchten Partei – Kosten, die in

den Aufzeichnungen nicht angemessen widergespiegelt sind – Berichtigung anhand der Kosten anderer Hersteller oder Ausführer in demselben Land bzw auf einer anderen angemessenen Grundlage – Ermessen der Europäischen Kommission

B. SCHLUSSANTRÄGE

30.05.2024, Rs C-432/23, Ordre des avocats du Barreau de Luxembourg (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – **Steuerrecht** – Grundrechtecharta – Art 7 – **Richtlinie 2011/16/EU** – **Zusammenarbeit** der **Verwaltungsbehörden** im Bereich der **Besteuerung** – Art 5 – Art 6 – Art 18 – Informationsersuchen der Finanzbehörde eines anderen Mitgliedstaats – Auskunftsanordnung der ersuchten Finanzbehörde – Herausgabe von Unterlagen durch einen Rechtsanwalt – Berufsgeheimnis eines Rechtsanwalts – Verhältnismäßigkeit der Herausgabe von Unterlagen über erbrachte Dienstleistungen im Bereich der Beratung im Gesellschaftsrecht

30.05.2024, Rs C-297/23 P, Harley-Davidson Europe und Neovia Logistics Services International/ Kommission (GA Ko-kott)

Rechtsmittel – **Zollunion** – **Verordnung (EU) Nr 952/2013** – Zollkodex – **Zwischenstaatliche Handelskonflikte** – Bestimmung des nicht präferenziellen Ursprungs bestimmter Krafträder – Begriff der wirtschaftlich gerechtfertigten Be- oder Verarbeitung – **Delegierte Verordnung (EU) 2015/2446** – **Vermeidung** oder **Umgehung** eines **Zolls** – Manipulation des Ursprungs – Delegierte Regelungsbefugnis

30.05.2024, Rs C-200/23, Agentsia po vpisvaniyata (GA Medina)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Veröffentlichung eines Gesellschaftsvertrags, der personenbezogene Daten enthält, im Handelsregister – Richtlinie (EU) 2017/1132 – Für die Verarbeitung Verantwortlicher – Recht auf Löschung personenbezogener Daten

30.05.2024, Rs C-23/23, Kommission/ Malta (Dérogation à des fins de recherche) (GA Ćapeta)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Richtlinie 2009/147/EG** – **Erhaltung** der **wildlebenden Vogelarten** – Fang lebender Exemplare – Abweichende Regelung zur Zulassung des Fangs von Finken – Art 9 Abs 1 Buchst b – Abweichung zu Forschungszwecken – Anforderungen – Genaue und angemessene Begründung – Fehlen einer anderen zufriedenstellenden Lösung

30.05.2024, Rs C-677/22, Przedsiębiorstwo A (Délai de paiement de 120 jours fixé par le débiteur) (GA Rantos)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Richtlinie 2011/7/EU** – **Bekämpfung** von **Zahlungsverzug** im **Geschäftsverkehr** – Art 3 – Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen – Art 3 Abs 5 – Pflicht der Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass die vertraglich festgelegte Zahlungsfrist 60 Kalendertage nicht überschreitet, es sei denn[,] im Vertrag wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart – Verträge, die mittels einer Auktion oder Ausschreibung geschlossen wurden – Einseitig von einer Vertragspartei festgelegte Vertragsbedingung, die eine Zahlungsfrist von 120 Kalendertagen vorsieht

C. GERICHT

29.05.2024, Rs T-395/22, Hypo Vorarlberg Bank/ SRB (Contributions ex ante 2022)

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Bestimmung der jährlichen Zielausstattung des SRF – Obergrenze nach Art 70 Abs 2 Unterabs 1 und 4 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – Art 291 Abs 2 AEUV – Art 70 Abs 7 der Verordnung Nr 806/2014 – Durchführungsverordnung (EU) 2015/81 – Durchführungsbefugnisse des Rates – Entsprechend begründete Sonderfälle – Umfang der Durchführungsbefugnisse – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

29.05.2024, verb Rs T-200/22 u T-314/22, Polen / Kommission

Umwelt – **Braunkohleabbau** in einem **Tagebau** – Braunkohletagebau Turów (Polen) – **Institutionelles Recht** – Nichtdurchführung eines Beschlusses des Gerichtshofs, mit dem eine Anordnung erlassen wird – Zwangsgeld – Einziehung von Forderungen durch Verrechnung – Art 101 Abs 1 und Art 102 der **Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046** – Streichung der Hauptsache – Keine Rückwirkung auf die erlassenen einstweiligen Anordnungen – Begründungspflicht

29.05.2024, Rs T-360/21, Portigon/ CRU

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge – Einrede der Rechtswidrigkeit – Rechtsgrundlage der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – Art 114 AEUV – Gleichbehandlung – Ermessen der Kommission – Ermessen des SRB – Begründungspflicht

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

16.05.2024, Beschwerde Nr 15076/17, Mária Somogyi/Ungarn

Verletzung von Art 10 EMRK (Freiheit der Meinungsäußerung); Verurteilung der Bf zu einer Entschädigung wegen Verletzung der Persönlichkeitsrechte einer Gemeinde, weil sie den Facebook-Post eines Dritten über die Verwaltung von Gemeindeeigentum und die Verwendung öffentlicher Mittel geteilt hatte; zivilrechtliche Verleumdungsklage zum Schutz des Ansehens der Gemeinde verfolgte keines der in Art 10 Abs 2 aufgezählten legitimen Ziele

28.05.2024, Beschwerde Nr 4573/22, Zarema Musayeva u.a./Russland

Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot der Folter); Verletzung von Art 5 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit); Verletzung von Art 6 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); wiederholte öffentliche Morddrohungen gegen die Bf durch hochrangige tschetschenische Beamte in einem Klima der Straflosigkeit, das in der Region herrscht; Hintergrund zahlreicher und schwerer Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien zum fraglichen Zeitpunkt; reale und unmittelbare Gefahr für das Leben der Bf; Versäumnis der Behörden, Präventivmaßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Einleitung einer wirksamen Untersuchung; unmenschliche und erniedrigende Behandlung der Bf durch die tschetschenische Polizei; willkürliche Inhaftierung des ersten Bf; erste Bf sei nicht in der Lage gewesen, sich wirksam an dem gegen sie geführten Verwaltungsverfahren zu beteiligen; Fehlen eines Staatsanwalts unter Verstoß gegen das Gebot der Unparteilichkeit

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz. **Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M.. **Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr

erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.